Technische Allgemeinbildung an Grund- und Förderschulen

Wie positionieren sich Abgeordnete zur Entwicklung und Förderung von lebensbezogenen Interessen unter dem Aspekt der Chancengleichheit bei Bildungsinhalten und -angeboten für alle Schülerinnen und Schülern an Grund- und Förderschulen?

Studie zur Befragung von Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt auf der Grundlage des "Offenen Briefes" vom April/März 2015

http://www.werken-gs-foe.de

Salzatal, Nov. 2015





Inhalt

1	Anlass der Befragung an die Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt			
2	Üb	er die Herangehensweise bei der Befragung - wie und wer wurde befragt	4	
	2.1	Auswahl der Befragten	5	
3	Zu	den Ergebnissen dieser Befragung	5	
	3.1	Zeitraum der Befragung	5	
	3.2	Ein- und Zuordnung der Rückinformationen	5	
	3.3	Übersichten zu den Rückinformationen	6	
4	Au	swertung der Befragung	7	
	4.1 Förde	Stellung der Abgeordneten zur technischen Allgemeinbildung an Grund- und erschulen im Land Sachsen-Anhalt	8	
	4.2 des "	Konsequenzen, die sich aus den persönlichen Reaktionen der Abgeordneten bezüg	-	
	4.3	Auswertung der von den Parteien formulierten Antworten	10	
	4.3	.1 CDU	10	
	4.3	.2 SPD	12	
	4.3	.3 DIE LINKE	17	
	4.3	.4 Bündnis 90/Die Grünen	19	
5 S	5 Standpunkte und Fragestellungen zur bildungspolitischen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt			
3		hang		
	6.1	Inhalt des an die Abgeordneten gerichteten, persönlichen Briefes		
	6.2	Antwortbrief der CDU		
	6.3	Antwortbrief der SPD		
	6.4	Antwortbrief der DIE LINKE		
	6.5	Antworthrief Ründnis 90 / Die Grünen	32	





1 Anlass der Befragung an die Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt

Mit dem Schuljahr 2005/06, 5. Wahlperiode der CDU/SPD-Koalition, wurde das Unterrichtsfach "Werkunterricht" auf Anordnung des damaligen Kultusministers Olbertz aus dem Fächerkanon der Grund- und Förderschule gestrichen. Ein Vorgang, der einzigartig in der bildungspolitischen Landschaft der ostdeutschen Länder ist. Die gleiche Entscheidung wurde auch für die entsprechende Lehramtsausbildung, Lehramt für Werkunterricht an Grund- und Förderschulen, getroffen. Trotz vielfältiger Proteste, Einwände und sachlicher Argumente gegenüber dem Kultusministerium und dem Bildungsausschuss des Landtages, erfolgte die administrative Einführung eines Faches "Gestalten". Darin sollten die Unterrichtsfächer Werk- und Kunstunterricht zusammengeführt werden. In der damaligen Diskussion, auch mit den Abgeordneten¹, wurde u.a. kritisch angemahnt, dass damit die Inhalte einer technische Allgemeinbildung aus dem Bildungsangebot der Grund- und Förderschulen entfallen werden.

Der bildungspolitische Sachverhalt, die Ausgrenzung technischer Allgemeinbildung aus dem Bildungskanon der Grund- und Förderschulbildung, ist nun im Land Sachsen-Anhalt für fast alle Grund- und Förderschulen real, zur Tatsache geworden.

Auch unter der Sicht solcher rechtlicher Grundlagen, wie z. B. der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (Artikel 1, Absatz 2) und dem Artikel 26 der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte", muss man feststellen, dass eine solche Bildungspolitik z. B. gegen das Grundrecht für eine "... volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit" verstößt.

Mit dem vorliegenden "Offenen Brief" (s. S. 22) an die Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt wurden folgende Anliegen verfolgt:

- Die Abgeordneten sollten über die reale Bildungssituation, was die technische Allgemeinbildung an Grund- und Förderschulen betrifft, wiederholt informiert werden.
- Die Abgeordneten sollten mit der Studienpraxis in der Lehramtsausbildung an der Martin-Luther-Universität bezüglich des neuen Faches "Gestalten" die Augen geöffnet werden.
- Es sollte die <u>persönliche</u> Meinung/Einstellung eines jeden Abgeordneten zum Abbau der technischen Allgemeinbildung an Grund- und Förderschulen sowie der dazugehörigen Lehramtsausbildung kennengelernt werden.

-

¹ Zur besseren Lesbarkeit wurde die männliche Schreibform verwendet.



2 Über die Herangehensweise bei der Befragung - wie und wer wurde befragt Insgesamt wurden 101 Abgeordnete des Landtages von Sachsen-Anhalt angeschrieben (Mail) und befragt.

Diagramm 1: Übersicht der angeschriebenen Abgeordneten, bezogen auf die Parteizugehörigkeit

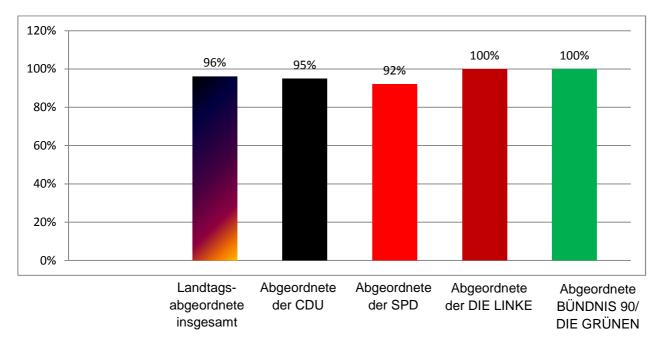
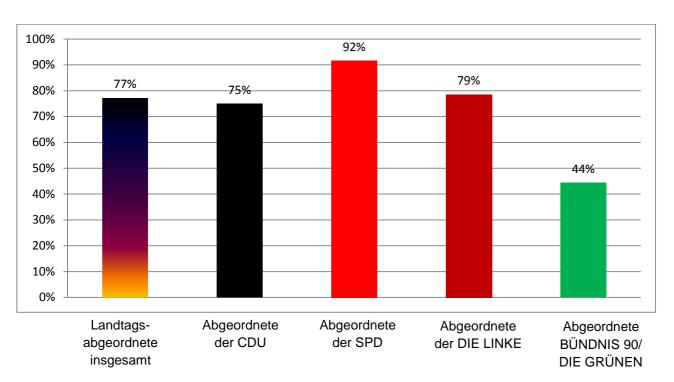


Diagramm 2: Übersicht der angeschriebenen Abgeordneten, bezogen auf den Anteil der Mütter und Väter







Im März/April 2015 wurde den Abgeordneten eine Email mit Anhang gesandt. Der Anhang enthielt einen "Offenen Brief", worin die Fragestellungen zum Problem der technischen Allgemeinbildung an Grund- und Förderschulen formuliert waren. Sowohl für das Anschreiben der Email als auch für den "Offenen Brief", wurde die persönliche Anrede gewählt, damit die Abgeordneten die Möglichkeit hatten, ihre eigene Auffassung, Meinung darlegen zu können. Die Möglichkeit einer freien Meinungsäußerung steht ja jedem Abgeordneten zu.

2.1 Auswahl der Befragten

Die Differenz zwischen den angeschriebenen und der Gesamtzahl der gewählten Abgeordneten im Landtag ergibt sich u. a. daraus,

- dass nicht alle Abgeordnete zu diesem Zeitpunkt (März/April 2015) eine E-Mail-Adresse auf ihrer Homepage oder der Homepage der Landesregierung ausgewiesen hatten und
- Abgeordnete in führenden Positionen der Landesregierung oder Parteien i.d.R. ihre Mitarbeiter mit der Beantwortung der Fragestellungen beauftragen. Eine persönliche Stellungnahme ist sehr wahrscheinlich nicht zu erwarten.

3 Zu den Ergebnissen dieser Befragung

3.1 Zeitraum der Befragung

Die Emails wurden im Zeitraum ab dem 01.03.2015 bis 14.03.2015 an die Abgeordneten gesandt. Alle Emails sind bei den Abgeordneten angekommen. Eine Rückmeldung wie " ... Undelivered Mail Returned to Sender ... " trat nicht auf. Positiv ist in diesem Zusammenhang zu werten, dass alle ausgewiesenen und genutzten E-Mail-Adressen auch in Takt waren. In meiner Befragung im Jahr 2011(http://www.werken-gs-foe.de/bildungi.html#wahlen2011_1) war dies nicht der Fall. Eine Lesebestätigung wurde bei der Absendung der Email i. d. R. nicht gefordert. Damit konnten die Adressaten entscheiden, ob und wie sie auf den "Offenen Brief" und die damit verknüpften Fragestellungen antworten.

Im Anschreiben wurde kein Datum für einen Antwortzeitraum angegeben. Aus Erfahrung konnte man davon ausgehen, dass ca. 14 Tage ausreichend sind, um eine Antwort bzw. Rückinformation zu erwarten. Aus dieser Sicht wurde der 31.03.2015 als Abschlussdatum für mögliche Rückinformationen von den Abgeordneten betrachtet. Unter Berücksichtigung dieses Zeitraumes sind die nachfolgenden Ergebnisse einzuordnen. Lediglich ein Schreiben ist noch nach dem 31.03.2015 eingegangen, welches nicht mit in die Auswertung einbezogen wurde.

3.2 Ein- und Zuordnung der Rückinformationen

Bei der Einschätzung der eingegangenen Emails wird zwischen

- Bestätigungen und
- Antworten

unterschieden.

Unter **Bestätigung** wurden folgende inhaltlichen Rückinformationen eingeordnet, wie





- eine Bestätigung des Eingangs meiner Email als AW.
- Mails, die keine Aussagen zu den aufgeworfenen Fragestellungen des "Offenen Briefes" enthielten.
- Mails, die ankündigten, dass noch Informationen folgen oder erarbeitet werden, die jedoch bis 31.03.2015 nicht eingingen.

Als Antwort wurden die Rückinformationen von Abgeordneten eingeordnet, die

- zu einzelnen oder allen Fragestellungen ihre Positionen darlegten oder
- Standpunkte zur technischen Allgemeinbildung formulierten.

3.3 Übersichten zu den Rückinformationen Diagramm 3: Übersicht zu den Rückinformationen aller angeschriebenen Abgeordneten

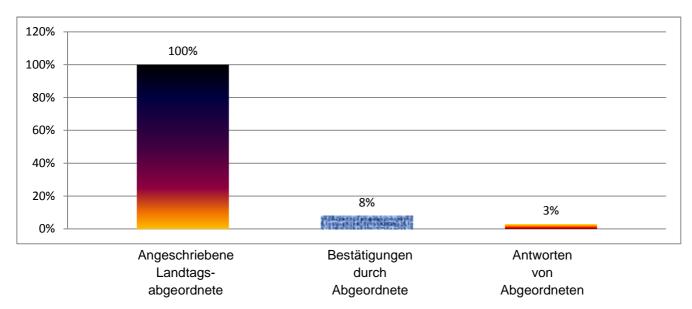


Diagramm 4: Übersicht der gegebenen Antworten, bezogen auf die Parteizugehörigkeit

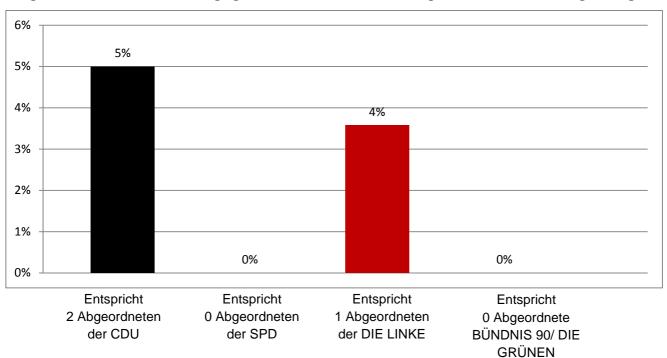
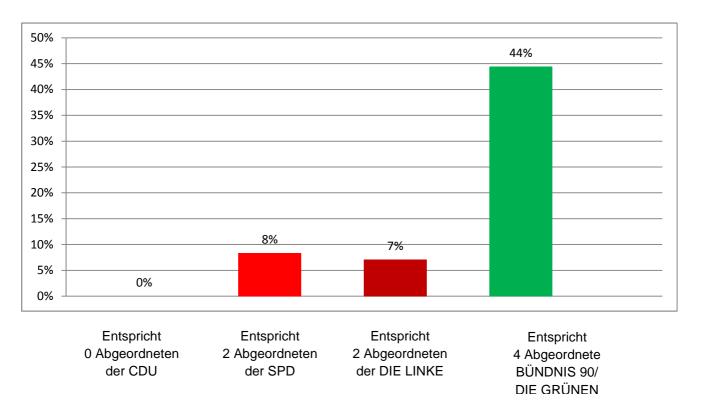






Diagramm 5: Übersicht der erhaltenen Bestätigungen, bezogen auf die Parteizugehörigkeit



Neben den persönlichen Bestätigungen und persönlichen Antworten wurden auch partiell **Antworten durch Beauftragte** einzelner Parteien gegeben. Diese Schriftstücke werden separat analysiert, s. Seite 10ff. Diese flossen nicht in die Zahlen der Antwort- bzw. Bestätigungsmails ein.

4 Auswertung der Befragung

Wie aus den Ergebnissen ersichtlich, leiten sich sehr unterschiedliche Fragestellungen zur Auswertung des "Offenen Briefes" an die Abgeordneten ab. Der "Offene Brief" ist als repräsentative Umfrage einzuordnen, da 101 von 105 Abgeordnete angeschrieben wurden und keine Fehlmeldungen eingingen. Das entspricht einem Prozentwert von 96%.

Die nachfolgende Auswertung umfasst folgende Schwerpunkte:

- Stellung der Abgeordneten zur technischen Allgemeinbildung an Grund- und Förderschulen im Land Sachsen-Anhalt.
- Stellung der Abgeordneten zum Lehramtsstudium des Faches "Gestalten" für Grund- und Förderschulen und Lehramtsstudium für die technische Allgemeinbildung an Sekundarschulen und Gymnasien.
- Rolle der Abgeordneten bei bildungspolitischen Entwicklungen des Landes Sachsen-Anhalt.
- Abgeordnete als Mütter und Väter und deren besondere Verantwortung für die Entwicklung und Förderung aller Kinder im Land Sachsen-Anhalt, nicht nur der eigenen.





- Auswertung der durch die bildungsverantwortlichen Abgeordneten formulierten Antworten von den Parteien.
- Weiterführende Fragestellungen zur Demokratie und zum Verantwortungsbewusstsein von demokratisch gewählten Vertretern dieses Landes.

4.1 Stellung der Abgeordneten zur technischen Allgemeinbildung an Grund- und Förderschulen im Land Sachsen-Anhalt

Aus den wenigen, persönlichen Antworten lassen sich keine grundlegenden Schlussfolgerungen zum Für oder Wider technischer Allgemeinbildung entnehmen. Die hier getroffenen Aussagen lassen jedoch die Interpretationen zu, dass es zur allgemeintechnischen Bildung an Grund- und Förderschulen keine grundlegende Ablehnung gibt.

Es stellt sich jedoch u.a. die Frage: Warum werden von der überwiegenden Anzahl der Abgeordneten weder eine Bestätigung noch eine Antwort oder Meinung auf diese bildungspolitischen Fragestellungen, die für alle Kinder an Grund- und Förderschulen Folgen haben, gegeben?

Vielleicht ist es auch eine Frage der Höflichkeit und der Akzeptanz gegenüber Bürgern, die sich für Kinder und deren Bildungsmöglichkeiten einsetzen.

Wenn gerade solche Unterrichtsfächer aus dem Fächerkanon der Grund- und Förderschulen entfernt werden, die das Leben in Gegenwart und Zukunft bestimmen (werden) - Natur und Technik, dann sollte Nachdenklichkeit eintreten.

Die Rückantworten weisen eine mangelnde Beteiligung auf. Daraus kann man u. a. folgern, dass die überwiegende Anzahl der Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt

- kein Interesse für eine lebensbezogene und lebensorientierte Allgemeinbildung haben, welche die technische Bildung in einer von Technik geprägten Umwelt einschließt.
- nicht erkannt haben, dass das Entwickeln von Interessen und Neigungen, also auch technischer, schon im jüngeren Schulalter beginnt und beginnen muss, um auf eine zukünftige Berufswahl Einfluss haben zu können.
- nicht bewusst ist, dass alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer ökonomischen Lage, eine Chance erhalten müssen, ihre Interessen, Neigungen und Begabungen im Rahmen der staatlich geführten Allgemeinbildung zu entwickeln. Diese Unbewusstheit ist in ihrer Konsequenz kinderunfreundlich.
- im Unklaren darüber sind, dass mit der Ausgliederung der technischen Bildung in der Grund- und Förderschule Hunderttausende von Euro eingespart wurden.
 Unterrichtsmittel, wie Elektro- und Solarbaukästen, Getriebe- und Stabilbaukästen, Maschinen, Werkzeuge, Werkstoffe u.a.m. brauchten/brauchen nicht mehr gekauft werden, denn es gibt keine technische Grundbildung mehr, die sich im Unterrichtsfach Werkunterricht niederschlug.
- offensichtlich nicht erfasst haben, was die Ziele und Inhalte einer technischen Allgemeinbildung waren/sind. Aber auch nicht erkannt haben, dass die Schüler nur hier die Möglichkeit und den Spaß hatten, funktionierende Modelle, Gegenstände u.v.a.m. zu planen, zu entwickeln, zu bauen, zu erproben, und persönlich zu nutzen. Die Möglichkeit





der Verbindung von "Theorie" und konkreter Praxis bot/bietet kein anderes Unterrichtsfach.

- nicht bewusst ist, dass in der gymnasialen Bildung nur in der 5. und 6. Jahrgangsstufe technische Bildung obligatorisch angeboten wird. Dabei kann man in Gegenwart und Zukunft auf keine Grundlagen, keine Informationen, keinem Wissen, keine geistigen und geistig-praktischen Fähigkeiten zu technischen Inhalten zurückgreifen. Bei etwas Überlegung lässt sich schlussfolgern, dass dann dieses Bildungsniveau am untersten Niveau liegt. Eine Konsequenz daraus ist u. a., dass die Entwicklung von technischen Interessen und Motivationen erheblich eingeschränkt wird, was sich in der zukünftigen Berufs- und Studienwahl niederschlägt, niederschlagen wird.
- die Motivation und Arbeitsbereitschaft ausländischer Bürger immer wieder hervorheben. Stellt sich die Frage: Warum gibt es solche Aussagen nicht für Schulabgänger aus unseren allgemeinbildenden Schulen? Unabhängig von den Feststellungen der Politiker wird in Auswertung von Einstellungsgesprächen auch von Unmotiviertheit und erheblichen Wissenslücken bei den Bewerbern berichtet. Vielleicht sollten die Abgeordneten hinsichtlich der derzeitigen, hiesigen Bildungspolitik nachdenklich werden.
- offensichtlich nicht nachfragen, wenn in Sachsen-Anhalt die Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, fast doppelt so hoch ist, wie der Bundesdurchschnitt (11,6% gegenüber 6% bundesweit)². Dies wird zwar vom Kultusministerium dementiert, wobei die Vergleichszahlen (es seien veraltete Zahlen) auch für die anderen Bundesländer gelten.

4.2 Konsequenzen, die sich aus den persönlichen Reaktionen der Abgeordneten bezüglich des "Offenen Briefes" ableiten lassen

Es stellen sich bezüglich der sachsen-anhaltinischen Bildungspolitik, und damit auch der technischen Allgemeinbildung, eine Reihe von Fragen zur Einstellung der Abgeordneten und des Landtagsparlamentes. Hierbei geht es insbesondere um die Positionen der Abgeordneten der CDU und der SPD, die für die vergangene und jetzige Wahlperiode die Verantwortung tragen.

Der Abbau der technischen Allgemeinbildung in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 an den allgemeinbildenden Schulen ist auch ein solches Ergebnis. Nicht zuletzt die Veröffentlichung in der MZ vom 08.06.2015, Seite 7, macht dies öffentlich. Dabei ist schon seit vielen Jahren die Situation des Fachlehrermangels für Wirtschaft/Techniklehrer an den allgemeinbildenden Schulen bekannt. Diese Mangelsituation wurde auch dem Kultusministerium und ausgewählten Abgeordneten mitgeteilt. Getan und verändert hat sich nichts, die Situation hat sich noch verschlechtert!

Die Lehramtsausbildung für das Unterrichtsfach Wirtschaft/Technik wurde an der Martin-Luther-Universität eingestellt. Obwohl es Vereinbarungen zwischen dem Kultusministerium und den Universitäten des Landes zur Lehramtsausbildung gab, wurden diese nicht eingehalten. Ein

-

² http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/bertelsmann-studie-sachsen-anhalt-hat-hohe-schulabbrecherquote,20641266,29295930.html#plx680006160





GRÜNEN

Beispiel ist die Lehramtsausbildung für den Fachunterricht an Sekundarschulen und Gymnasien, die generell an der Martin-Luther-Universität stattfinden sollte. Die Lehramtsausbildung für das Unterrichtsfach Wirtschaft/Technik an Sekundarschulen und Gymnasien findet seit geraumer Zeit jedoch in Magdeburg statt.

4.3 Auswertung der von den Parteien formulierten Antworten

Von drei Parteien wurden die Antworten durch beauftragte Abgeordnete erstellt. Dafür vielen Dank.

In diesem Zusammenhang jedoch z. B. folgende Fragen aufgeworfen:

- Warum werden keine persönlichen Standpunkte zu den aufgeworfenen Fragenstellungen im "Offenen Brief" durch die Abgeordneten gegeben?
- Gilt auch im Landtag von Sachsen-Anhalt das Prinzip nach Kauder (CDU), indem beim Darstellen einer eigenen Meinung, die nicht der Fraktionsvorgabe entspricht, das persönliche Weiterkommen infrage gestellt wird?
- Waren die Fragestellungen zu kompliziert, wenn ja, warum wurden nicht Teilfragen beantwortet oder um Erklärungen gebeten?
- War der Aufwand zur Beantwortung der Fragestellungen zu hoch, zu aufwendig?

Im Folgenden werden die Antwortschreiben der Beauftragten analysiert und ausgewertet.

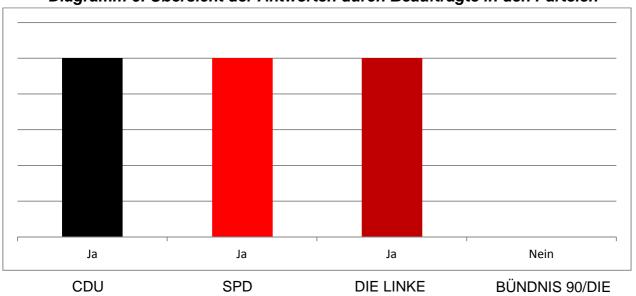


Diagramm 6: Übersicht der Antworten durch Beauftragte in den Parteien

4.3.1 CDU

Im vorliegenden Schreiben (s. S. 25) wird darauf verwiesen, dass für die "...Kolleginnen und Kollegen ..." geantwortet wird. Stellt sich jedoch die Frage: Wurden die Kolleginnen und Kollegen über das Schreiben informiert und stimmten sie den darin enthaltenen Aussagen und Erläuterungen zu?

Die Probleme bei der Analyse und Auswertung des Schreibens bestehen darin, dass

• auf die aufgeworfenen Fragestellungen des "Offenen Briefes" nicht eingegangen wurde.





- eine Stellungnahme zur technischen Bildung ab Schuljahrgang 5 (Sekundarschule) gegeben wurde, nicht jedoch für die technische Grundbildung an Grund- und Förderschulen. Damit ist das Thema der Stellungnahme verfehlt.
- keiner der Kolleginnen und Kollegen diese Themenverfehlung bemerkt und evtl. korrigierend eingegriffen hat.

Trotzdem einige Bemerkungen zum letzten Satz des Schreibens, welcher typisch für politische Antworten ist. Hier heißt es: "Meines Erachtens wird damit einer intensiven und umfassenden Bildung auf dem Gebiet des Technik- bzw. Werkunterricht Raum und Zeit gegeben."

Dieser Standpunkt ignoriert zum Beispiel,

- den konstant gewachsen und permanent vorhanden Fachlehrermangel der Wirtschaft/Techniklehrer (siehe z. B. MZ, vom 08.06.2015, Seite 7). Laut der "Große(n) Anfrage Fraktion CDU - Drs. 6/3945" erfolgten für das Unterrichtsfach Wirtschaft/Technik in den Jahren 2010 bis 2015 nur 3 Neueinstellungen!³ Dieser Sachverhalt wird unterschlagen, obwohl es eine eigene Anfrage durch die CDU war!
- die mangelhafte und teilweise unzureichende Ausstattung an fachspezifischen Unterrichtsmitteln sowie der genutzten Räumlichkeiten etc.
- die unzureichenden örtlichen Bedingungen für behinderte Kinder und Jugendliche, die keineswegs eine allseitige und fachgerechte Bildung für diese Kinder und Jugendliche gewährleisten.
- dass auf kein grundlegendes technisches Wissen und Können aus der Grundstufe zurückgegriffen werden kann. Das bedeutet, dass erst ab den Schuljahrgängen 5ff mit dem Grundlagenniveau aus der Grundschule begonnen wird. Damit kann man keineswegs von umfassender und intensiver technischen Bildung sprechen, zumal die anteilige Stundenzahl in der Fächergruppe doch sehr eingegrenzt wurde und ist.
- dass z. B. bei Werbungen für technikorientierte Berufe das Einschlagen eines Nagels als Highlight hervorgehoben wird (siehe Super Sonntag vom 22. Juni 2014). Wenn das z. B. unter " ... einer intensiven und umfassenden Bildung auf dem Gebiet des Technik- bzw. Werkunterricht ..." verstanden wird, dann müsste man im Land Sachsen-Anhalt, wie tendenziell erkennbar, die künstlerische Bildung in den Mittelpunkt des Bildungskonzepts stellen und die der allgemeintechnischen Bildung herauslösen.

Fazit CDU

Die im "Offenen Brief" aufgeworfenen Fragestellungen wurden nicht beantwortet. Im Unterrichtsfach Deutsch würde der Lehrer konstatieren: Thema verfehlt.

³ Vgl. Große Anfrage Fraktion CDU - Drs. 6/3945. Seite 55





4.3.2 SPD

Analog des Schreibens der CDU wurden auch hier die Fragestellungen " ... für die Mitglieder der SPD-Fraktion ..." beantwortet. Somit ergibt sich ebenfalls die Frage: Wurden die Kolleginnen und Kollegen über das Schreiben informiert und stimmten sie den darin enthaltenen Aussagen und Erläuterungen uneingeschränkt zu? Die Beantwortung dieser Fragestellung konnte den Ausführungen nicht entnommen werden.

Der vorliegende Antworttext (s. S. 26) ist sehr umfangreich, umfasst auch die Problematik des Schulgartenunterrichts, der in Sachkunde "eingegliedert" wurde. Zu diesem ersten Schwerpunkt nur einige Fakten:

Als Grund für diese notwendige Zusammenführung wird u. a. ausgeführt: "Es wird auf diese Weise verhindert, dass in unterschiedlichen Unterrichtsfächern Parallelwissen angeboten wird und die Kinder ein additives Aneignen verfolgen."

Den Begriff des Parallelwissens gibt es in der pädagogischen Theorie und Praxis nicht. Geht man von der Definition des Begriffes parallel aus ("1. (Math.) in gleichem Abstand ohne gemeinsamen Schnittpunkt nebeneinander verlaufend. **2.** (Musik) im gleichen Intervallabstand (z. B. in Quinten od. Oktaven), in gleicher Richtung fortschreitend. **3.** gleichlaufend, gleichgeschaltet, nebeneinandergeschaltet"⁴), dann müsste ja nach der hier formulierten Auffassung das Lesen von Sachaufgaben in Mathematik, "parallel" zum Unterrichtsfach Deutsch, unterbunden werden. Analog gilt dies für den Begriff des additivien Aneignens, denn dann müsste alle Wiederholungen zu einem Thema ebenfalls unterbunden werden. Im Zusammenhang mit Farbmischungen ergeben additive Farbmischungen neue Farben, es entsteht also keine Doppelung, sondern eine neue Qualität.







Additive Farbverknüpfung: rot+grün = gelb

Weit schwerwiegender ist jedoch die mit dieser Formulierung (Parallelwissen) getroffene Unterstellung, dass die vorherigen Rahmenrichtlinienkommissionen der Fächer nicht zusammengearbeitet haben und die Rahmenrichtlinien nicht miteinander abgestimmt wurden. Nicht zuletzt wird dadurch auch die Arbeit der Mitarbeiter des LISA infrage gestellt, die jeweils die Anleitung und Betreuung der Rahmenrichtlinienkommissionen realisierten und die Kontrolle ausgeübt haben.

Bezüglich des Faches "Gestalten" wird u.a. von den beiden " ... produktiven Fächer Kunst und Werken ... " gesprochen.

Auch die Formulierung, dass das Unterrichtsfach "Gestalten" die Möglichkeit eröffnet " .. ästhetisches Lernen mit produktivem Lernen zu verknüpfen, so wie es in der industriellen Welt auch ist." vermischt am Ende Inhalte und Zielstellungen der Fächer Kunst und Werkunterricht.

Nachfolgend ausgewählte Hinweise und Informationen zu einigen Begriffen und Formulierungen, die im Antworttext sachlich nicht korrekt gebraucht wurden:

_

⁴ Aus: Duden - Das Fremdwörterbuch, 10. Aufl. Mannheim 2010 [CD-ROM]



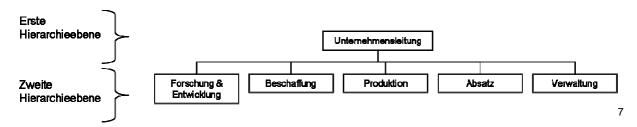


Mit dem ästhetischen Lernen setzte man auf der BKJ-Fachtagung am 5. und 6. Oktober 2012 in der Akademie Remscheid auseinander. Das Thema: Künste – Sinne – Bildung: Wie gelingt ästhetisches Lernen? ⁵. Hier wurde dem " ... Kernproblem ästhetischer Bildung aus verschiedenen Perspektiven und den unterschiedlichsten Sparten, der Musik, dem Tanz und dem Theater, der bildenden Kunst, den neuen Medien. ... " nachgegangen. Kein Teilnehmer oder Referent stellte dabei Verknüpfungen zur Produktion her usw.

Eine produktive Kunsterziehung, wie hier formuliert, und mit produktivem Werkunterricht verglichen, gibt es nicht. Es geht weder im Werk- noch im Kunstunterricht um das Produzieren von Produkten oder um vorrangiges produktives Tun. Aus lerntheoretischer Sicht sind im Werkunterricht die zu fertigenden Gebrauchsgegenstände Unterrichtsmittel, mit deren "Hilfe" u.a. geistige, geistig-praktische und praktische Fähigkeiten entwickelt werden sollen. Im Mittelpunkt dieses Lernprozesses stehen u.a. auch das Lernen durch Tun, das Verknüpfen von Vorstellung und Realität und nicht zuletzt das Freisetzen von Motivationen für den Lernprozess. Es müsste bekannt sein, dass im technischen Werkunterricht die Fertigung von Gebrauchsgegenständen nur eine Thematik von mehreren Themenbereichen ist. D.h., die SPD macht an einem Viertel der fachspezifischen Inhalte des Werkunterrichts die Notwendigkeit fest, dass Kunsterziehung wesentlicher Bestandteil von Werken sei und umgekehrt.

Die Verwendung des Begriffes "produktives Lernen" ist definiert. Es " ... ist eine Bildungsform an Schulen der Sekundarstufe I und außerschulischen Bildungsprojekten. Den Lernprozessen liegen Tätigkeiten in "gesellschaftlichen Ernstsituationen", d. h. in Betrieben, Institutionen, Vereinen etc. zugrunde." Mit anderen Worten, diese Formulierung impliziert für den Werkunterricht einen Inhalt, der nicht Inhalt war und ist.

Die Ästhetik und die Produktion in einer "industriellen Welt" mit dem Anliegen des Faches Gestalten zu vergleichen oder Analogien herzustellen, ist sehr eigenartig. Wie aus der folgenden Struktur zu entnehmen ist, arbeiten Forschung und Entwicklung und die Produktion als Abteilungen eigenständig. Das schließt natürlich eine Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen nicht aus, sondern erfordert diese. Im Schulalltag gab es für die Zusammenarbeit den fächerübergreifenden, fächerverbindenden, den projektorientierten Unterricht u.a.m., die erfolgreich praktiziert wurden.



Hinsichtlich des Designs wird in diesem Zusammenhang festgestellt: " ... Das Design wird oft parallel zur Entwicklung entworfen, manchmal auch als Teil der Entwicklung gesehen, kann

⁵ Jürgen Oberschmidt: Künste – Sinne – Bildung: Wie gelingt ästhetisches Lernen? In: http://zaeb.net/index.php/zaeb/article/viewFile/63/59

⁶ Aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Produktives Lernen

⁷ Aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Funktionale_Organisation





jedoch als eigenständiger Begriff definiert werden. ... Design bewegt sich im Konflikt der Erscheinung des Produktes ... ".8

Das Erscheinen drückt dabei das gestaltete Aussehen aus. Dieser Sachverhalt wird beim VW-Desaster deutlich. Nicht das gestaltete Design ist das Problem, sondern die eingesetzte, mangelhaft funktionierte Technik, die nicht umweltgerecht entwickelt, sondern manipuliert wurde. Bewusste und ökonomisch denkende Autokäufer schauen natürlich auf das Design, im Sinne der Umwelt legt man aber immer mehr Wert auf die Minimierung des Schadstoffausstoßes usw. Auch zu Umweltfragen leistete der Werk- und Technikunterricht seinen frühen Beitrag. Jetzt nicht mehr, da sich im Fach "Gestalten" nur mit künstlerischen Inhalten auseinandergesetzt wird.

Der Aussage "Ein Produkt zielt nicht nur auf die Funktionalität ab, sondern zugleich auf ein geeignetes Design." kann man zustimmen, nur die Funktionalität hat bei Gebrauchsgegenständen die Priorität gegenüber dem Design. Denn, was nutzt ein Spitzendesign, z. B. eines elektrischen Handrührers, wenn man sich bei der Nutzung verletzt oder dieser nicht funktioniert und dann als Ersatz manuell einen Rührlöffel betätigt muss. Ein defekter elektrischer Handrührer, nur zum Ansehen abgestellt, widerspricht i. d. R. dem Bedürfnis der Arbeitserleichterung usw. Es sei denn, man ist Sammler von Kuriositäten. Nur nebenbei: Im Fremdwörterbuch findet man folgende Beschreibung des Begriffes Design: " formgerechte u. funktionale Gestaltgebung u. daraus sich ergebende Form eines Gebrauchsgegenstandes o. Ä. ... " ⁹ . Im Rahmen einer technischen Grundlagenbildung steht die Zweck- oder Bedürfnisrealisierung eines angestrebten Vorhabens im Vordergrund. Das Design hat sich dabei nach funktionalen, konstruktiven, sicherheitstechnischen, ökonomischen, arbeitsschutztechnischen und ästhetischen Anforderungen zu richten. Anderen Orts heißt es zum Begriff Design: "... Sobald ... eine planerische Absicht oder ein Entwurf einem Produkt zugrunde liegt, ..., handelt es sich um Design.« Laut John A. Walker » (bildet) die Funktion (...) dabei einen zentralen Aspekt des Designs, daher sollten (Gebrauchs- E.d.A.) Gegenstände ... auch benutzt ... werden. "10 Diese Herangehensweise wurde im Werkunterricht schon immer verwirklicht, nicht im Kunstunterricht. Hinzu kommt, dass die Schüler in diesem Prozess mit den zu verwendenden Werk- und Prüfzeugen sowie Hilfs- und Arbeitsmitteln bezüglich ihrer Auswahl und ihres Einsatzes, der Wirkungsweise, den Arbeitsschutzbestimmen vertraut gemacht wurden. Im Kunstunterricht spielen und spielten die genannten Anforderungen bezüglich einer Designentwicklung nie eine Rolle, waren weder Inhalt noch Gegenstand eines Kunstunterrichtes.

Im Antworttext wird weiter formuliert: " ... Auf diese Perspektive richtet sich die Zusammenführung, sodass in dem einen Fach nicht nur auf die Fertigungsprozesse und die Nutzung der Arbeitsmittel sowie Werkzeuge abgehoben wird, sondern zugleich eine Verbindung zur Produktgestaltung hergestellt wird."

⁸ Aus: http://webdoc.sub.gwdg.de/ebook/diss/2003/fu-berlin/2000/144/kap2.pdf. Seite 8

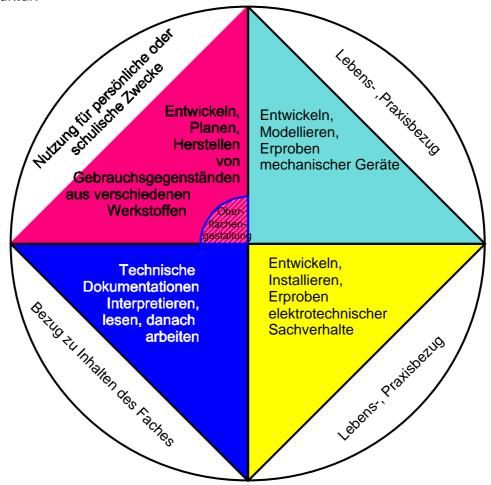
⁹ Aus: Duden - Das Fremdwörterbuch, 10. Aufl. Mannheim 2010 [CD-ROM]

¹⁰ Aus: http://www.bjoernachimschmidt.de/_archiv/designcenter-muenchen/wissen/was-ist-design/was-ist-design.html





Offensichtlich weiß man in der SPD nichts über den Werkunterricht und deren Zielstellungen unter Sicht einer technischen Allgemeinbildung. Deshalb die nachfolgende, sehr vereinfachte inhaltliche Struktur.



Daraus ist erkennbar, dass nicht " ... auf die Fertigungsprozesse und die Nutzung der Arbeitsmittel sowie Werkzeuge abgehoben wird ... ", denn die Fertigung ist nur ein geringer inhaltlicher Aspekt im Rahmen der Herstellung von Gebrauchsgegenständen. Wie aus der nachfolgenden Definition zur Produktgestaltung entnommen werden kann, gehören zur " ... Gesamtheit der Maßnahmen zur Beeinflussung der äußeren Erscheinungsform ... " Fertigungsprozesse, Werkzeuge usw. Denn, wie und womit soll dann eine Produktgestaltung durchgeführt, vorgenommen werden?

"Produktgestaltung ist die Gesamtheit der Maßnahmen zur Beeinflussung der äußeren Erscheinungsform eines Erzeugnisses im Hinblick auf Qualität, Form und Verpackung, um zusätzliche Nachfrage auszulösen."¹¹

Diese schwerpunktmäßige, einseitige Orientierung zur Produktgestaltung, durch die SPD inspiriert und von der CDU stillschweigend mitgetragen (oder umgekehrt),

• hat bewirkt und bewirkt, dass Werklehrer mit erfolgreich abgeschlossenem Lehramtsstudium im Land Sachsen-Anhalt nicht mehr anerkannt und eingestellt werden.

_

¹¹ Aus: http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/produktgestaltung/produktgestaltung.htm





- hatte und hat die Ungerechtigkeit zur Folge, dass der Abschluss für das Lehramtsstudium Kunst sofort für das Fach "Gestalten" anerkannt wurde, der Abschluss für den Werkunterricht jedoch nicht akzeptiert wurde.
- basiert auf keine wissenschaftlichen Grundlagen aus der Vergangenheit und der Gegenwart, sondern basiert auf 1969, wo sich die alten Bundesländer mit dieser Frage auseinandersetzten.
- widerspricht der Orientierung bezüglich einer modernen Unterrichtsgestaltung, wie die "Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Stärkung der mathematischnaturwissenschaftlich-technischen Bildung (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.05.2009)MINT" ¹²aussagt. Hier heißt es u. a.: "Seit jeher prägen naturwissenschaftlich-technische Erkenntnisse und Errungenschaften das Leben der Menschen. Sie spiegeln die Notwendigkeit und das Bedürfnis wider, die Welt zu begreifen, zu gestalten und sie sich anzueignen. Als Kulturleistungen sind sie ein Bildungsgut von unschätzbarem Wert. Dabei gilt es immer, die Nachhaltigkeit und damit auch die Fragen nach Chancen und Risiken bei der Nutzung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse für das Wohl der Menschen in Einklang mit Natur und Umwelt im Blick zu haben." ¹³ Die Unterrichts- und inhaltliche Prozessgestaltung im Fach Werkunterricht entsprach dieser Empfehlung in vollem Umfang, was für ein Fach "Gestalten" keineswegs gilt.
- verschleiert offensichtlich den Blick auf den Lehramtsstudiengang für das Unterrichtsfach "Gestalten". Die Studieninhalte für dieses Unterrichtsfach sind analog dem Lehramtsstudium für das Fach Kunst an Sekundarschulen und Gymnasien. Das Studium wird hauptsächlich an der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle durchgeführt. Hier heißt es dazu: " ... Sie können die Fachwissenschaft/Fachpraxis an der Burg Giebichenstein ... studieren." An der Martin-Luther-Universität Halle wird die Leitung des Faches "Gestalten" von ehemaligen Mitarbeitern an der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle geleitet. Schon daraus müsste für jeden Abgeordneten deutlich sein, dass es sich beim Lehramtsstudium des Faches "Gestalten" nur um eine Umformulierung des ehemaligen Unterrichtsfaches Kunst handelt.
- hat die dazu rechtlichen Festlegungen noch nicht begriffen, wo im §1 (Studienordnung zum Fach "Gestalten") ausgeführt wird: "§1 Zweck der Eignungsprüfung Für das Studium des Studienfachs Gestalten im Lehramt an Grundschulen an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist neben der Hochschulzugangsberechtigung die besondere künstlerische Eignung nachzuweisen. Der Nachweis der besonderen Eignung wird durch das Ablegen einer künstlerisch-gestalterischen Prüfung (im Folgenden Eignungsprüfung) erbracht. Dieser Nachweis muss der Bewerbung für dieses Studium beigefügt werden. Das Bestehen der Eignungsprüfung begründet keinen Anspruch auf Zulassung zum Studium." ¹⁵ Die Studienbereiche für das Lehramtsstudium Kunst, welche auch für das Lehramtsstudium Gestalten gelten, sind nachfolgend vereinfacht dargestellt.

¹² Aus: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_05_07-Empf-MINT.pdf

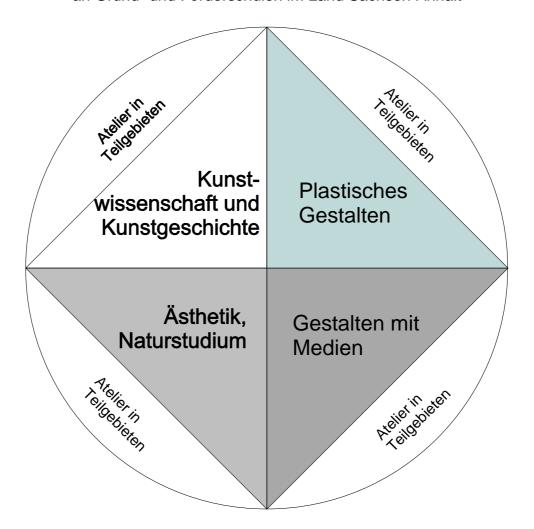
¹³ Aus: Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Stärkung der mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bildung(Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.05.2009). Seite 1

¹⁴ Aus: http://www.zlb.uni-halle.de/lehramtsstudium/studium/grundschule/gestalten_grundschule/

¹⁵ Amtsblatt der Martin-Luther-Universität Halle. 23. Jahrgang, Nr. 3 vom 16. April 2013, S. 1







Fazit SPD

Die Vorhandenen Informationen bezüglich moderner Bildungsanforderungen sind nicht aktuell. Die SPD erkennt nicht oder man will nicht erkennen, dass es sich mit dem Fach "Gestalten" hinsichtlich des Lehramtsstudiums und des Unterrichts an Grund- und Förderschulen um ein umbenanntes Fach Kunst handelt. Damit wurde unter dem sehr eingeengten Gesichtspunkt der sogenannten Produktgestaltung als Bildungsschwerpunkt, die allgemeine technische Grundbildung aus dem Bildungskonzept des Landes Sachen-Anhalt und damit an den Grund- und Förderschulen gestrichen. Das Entwickeln von Interesse, bezogen auf technische Inhalte, ist somit von der Allgemeinbildung ausgeschlossen, Chancengleichheit für eine allseitige, lebensbezogen Bildung nicht mehr gegeben.

4.3.3 DIE LINKE

Das Antwortschreiben (s. S. 29) weist gegenüber den Antworten aus CDU und SPD eine Besonderheit aus. Hier wurden offensichtlich auch die Fraktionsmitglieder um ihre Meinung gebeten. Die Antwort der DIE LINKE bezieht sich klar und verständlich auf die aufgeworfenen Fragestellungen, was bei den anderen Parteien nicht der Fall war. Die dargestellten Positionen werden teilweise begründet und erläutert. In diesem Schreiben werden Probleme angesprochen, auf die ich nachfolgend eingehen möchte.





Die im zweiten Absatz dargestellten Grundpositionen zur technischen Allgemeinbildung entsprechen den "Empfehlung(en) der Kultusministerkonferenz zur Stärkung der mathematischnaturwissenschaftlich-technischen Bildung (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.05.2009)MINT" ¹⁶, obwohl kein direkter Bezug dazu hergestellt wird. Ungewöhnlich ist auch die kritische Selbsteinschätzung zur ehemals angestrebten "inhaltlicher Neugestaltung" im Vergleich zum derzeitig erreichten Zustand bezüglich " .. des Bildungsbereiches "Künstlerisches und technisches Gestalten" an den Grundschulen ... ". Die im Antwortbrief getätigte Aussage "Leider haben sich diese Erwartungen an den Fächerbereich "Künstlerisches und technisches Gestalten" nicht in vollem Umfang erfüllt." impliziert ein gewisses Bedauern darüber, dass leider nicht der Zustand, wie er in den ehemaligen Altbundesländern der 1970-er Jahre diskutiert wurde, in der Bildungsentwicklung von Sachsen-Anhalt erreicht wurde. Aus der Aussage " ... nicht in vollem Umfang erfüllt." leitet sich aber auch nachfolgende Fragestellung ab: Wenn keine wissenschaftlichen Untersuchungen, keine Studien zu solch einer angestrebten Verbindung existieren, warum müssen dann Kinder, die zu den Schwächsten der Gesellschaft gehören, zum Spielball bildungspolitischer Experimente und Entscheidungen ausgewählt werden, wo man noch nicht einmal weiß, wie es enden könnte? Mit der sogenannten " ... Zusammenführung von Fächern zu Kompetenzbereichen (war) ein interessante(r) Weg ... " werden zwei Sachverhalte verknüpft, die hinsichtlich ihrer Zielstellungen und Inhalte nichts miteinander zu tun haben. Verglichen mit der Entwicklung an Sekundarschulen und Gymnasien muss man konstatieren, dass hier an solche Experimente überhaupt nicht gedacht wurde, niemals zur Debatte stand. Denn die Konsequenz in Analogie zur Zusammenführung von Werken und Kunst zum Fach "Gestalten" wäre gewesen, dass auch an Sekundarschulen und Gymnasien die Fächer Kunst und Werken bzw. Technik zum Kompetenzbereich "Gestalten" zusammengefasst werden. Das dazu notwendige Lehramtsstudium fände dann logischerweise auch an der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle statt. Das damit verknüpfte Teilstudium "Technik" müsste entweder entfallen oder in Magdeburg absolviert werden.

Bei der Beantwortung der 6. Frage wird auf zukünftige Vorstellungen zur Lehramtsausbildung an Grund- und Förderschulen eingegangen. Es werden aber auch Vorstellungen zur Unterstützung der noch vorhandenen technischen Bildung an Grund- und Förderschulen unterbreitet. Im Mittelpunkt sollen dabei die Fortbildungsangebote stehen. Es gibt aber keine Fortbildungsangebote für Werklehrer, sondern nur für das Fach "Gestalten" mit dem Hintergrund der künstlerischen Weiterentwicklung.

Fazit DIE LINKE

Die Verbindung zur modernen Unterrichtsprozessgestaltung (MINT) wird nicht explizit ausgewiesen, aber offensichtlich angestrebt und vertreten. Die vorgenommene Einschätzung zur technischen Bildung erfolgt unter realer Sichtweise. Die Möglichkeit, Entscheidungen der regierenden Parteien zu beeinflussen, ist durch den Oppositionsstatus doch sehr begrenzt.

_

 $^{^{16} \} Aus: \ http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_05_07-Empf-MINT.pdf$





4.3.4 Bündnis 90/Die Grünen

Der positive Eindruck, der durch die Vielzahl der Bestätigungen erweckt wurde, bestätigte sich nicht. Denn von den neun Abgeordneten mailten vier Abgeordnete (44%) eine Bestätigung. In diesen Bestätigungen wurde i.d.R. in Aussicht gestellt, dass man sich beraten müsste, um eine Positionsbestimmung vornehmen zu können. Leider wurden bis heute noch keine Antworten (s. S. 32) zu den im "Offenen Brief" aufgeworfenen Fragestellungen gegeben. Da im "Offenen Brief" auch das ehemalige Unterrichtsfach Schulgartenunterricht aufgeführt wurde, ist die Reaktion oder besser die Nichtreaktion unverständlich und befremdlich. Als Partei, die sich in den Anfangsjahren besonders mit Natur und Umwelt auseinandersetzte, müsste es eine Verpflichtung sein, insbesondere Kinder praxisbezogen und konkret mit Natur und Umwelt in der Schule vertraut zu machen. In Sachsen-Anhalt hatte der Schulgartenunterricht eine große Bedeutung, analog dem Werkunterricht. Dass man zwei lebens- und praxisorientierte Unterrichtsfächer in die Senke verschwinden lässt, keine Position dazu abgibt, ist nicht verständlich.

Fazit Bündnis 90/Die Grünen

Keinen Standpunkt, Bildung für alle Kinder und damit verbundene Chancengleichheit für alle Schüler ist offensichtlich kein Thema, unwichtig?





5 Standpunkte und Fragestellungen zur bildungspolitischen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt

- Jeden Abgeordneten und insbesondere den Müttern und Vätern sollte bekannt sein, dass Kinder nicht für den sozialen und wirtschaftlichen Status ihrer Eltern verantwortlich sind und diesen Status auch nicht ändern können. Aus dieser Erkenntnis und aus sozialer und humanitärer Sicht sollten sich alle Abgeordnete für Chancengleichheit an allgemeinbildenden Schulen und im Lehramtsstudium einsetzen.
- Eigentlich müsste allen Abgeordneten die teilweise desolate Situation im Bildungswesen und der -politik des Landes Sachsen-Anhalt bekannt sein. Man sollte bei einer 4 1/2 jährigen Abgeordnetenzeit erwarten können, dass sich in diesem Zeitraum jeder Abgeordnete für eine Bildungsfrage ca. 20 min. Zeit nimmt.
- Nachdenklich machen sollte, wenn Kinder, die sich auf das in die Schule gehen können und Lernen freuen, keine allseitigen und lebensbezogenen Interessenangebote in der vorhanden Bildungspolitik angeboten bekommen.
- Der permanente Lehrermangel in Sachsen-Anhalt ist seit Jahren bekannt.
 Stellt sich die Frage nach dem Verantwortungsbewusstsein der Abgeordneten, die nicht auf solche Mängel, die ja gegen die Kinder und Jugendlichen des Landes gerichtet sind, reagieren und keine Entscheidungen oder Beschlüsse fassen. Selbst die Ergebnisse zur "Große(n) Anfrage Fraktion CDU Drs. 6/3945" werden ignoriert.
- Bekannt und in vielen Studien nachgewiesen ist der Zusammenhang zwischen Armut und Bildung. Aus dem Bericht "Die zerklüftete Republik. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014" geht hervor, dass das Land Sachsen-Anhalt beim Länderranking zur Armutsquote mit 20,9% auf den 13. Platz liegt!¹⁷ Das ist beschämend, denn wir sind ja ein reiches Land, wie immer wieder durch Politiker postuliert wird. "Die Kinderarmut bleibt in Deutschland weiterhin auf sehr hohem Niveau. Die Armutsquote der Minderjährigen ist von 2012 auf 2013 gleich um 0,7 Prozentpunkte auf 19,2 Prozent gestiegen und bekleidet damit den höchsten Wert seit 2006." Malala Yousafzai, setzt sich weltweit für Chancengleichheit in der Bildung ein. Dazu formuliert sie u. a.: " ... Bildung ist und bleibt die stärkste Waffe im Kampf gegen Armut und Konflikte. Sie ist das effektivste Werkzeug für eine bessere Zukunft. ... "19 Dies sollte auch als Leitlinie für die bundesweite Bildungspolitik, als auch für das Land Sachsen-Anhalt dienen.
- Die Definition des Begriffes Demokratie sagt u. a.: Es ist ein

_

¹⁷ Vgl.: Die zerklüftete Republik. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014. DEUTSCHER PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND GESAMTVERBAND e. V. | www.paritaet.org. Seite 10.

¹⁸ Ebenda, Seite 1.

¹⁹ Aus: https://www.bildungskampagne.org/malala-ein-kind-eine-lehrkraft-ein-stift-und-ein-buch-koennen-die-welt-veraendern





- o " ... politisches Prinzip, nach dem das Volk durch freie Wahlen an der Machtausübung im Staat teilhat
- o Regierungssystem, in dem die vom Volk gewählten Vertreter die Herrschaft ausüben" 20

Aus der Sicht, dass zum Volk auch Kinder gehören, stellt sich die Frage: Warum werden deren Bedürfnisse und Entwicklungschancen durch ein unzureichendes und teilweise nicht auf das Leben in der Gesellschaft gerichtetes Bildungsangebot eingeschränkt? Die Einstellung von Karl Raimund Popper, ein englischer Philosoph (1902-1994), "Unsere Einstellung der Zukunft gegenüber muß sein: Wir sind jetzt verantwortlich für das, was in der Zukunft geschieht." sollte auch für Abgeordnete Sachsen-Anhalts, insbesondere für die Regierungsparteien gelten.

- Im Rahmen von "Jugend forscht", Teilgebiet "Schüler experimentieren" wird formuliert: " ... Für alle Jungforscher, die voller Ideen für neue Erfindungen stecken und Spaß an handwerklicher Arbeit haben, ist Technik das richtige Fachgebiet. ... In diesem Fachgebiet wird entwickelt, konstruiert und optimiert: mit Dioden und Elektroden, mit Holz und Metall, mit und ohne Computer, mit dem Technikbaukasten oder der Lötpistole. Wichtig ist: Auf dem Wettbewerb muss ein funktionsfähiges Modell des Projekts präsentiert werden. Eine Ideenskizze oder ein Konstruktionsplan allein reichen nicht aus. 21 Das kann ein Unterrichtsfach "Gestalten" nicht leisten.
- Als Bürger der Landes Sachsen-Anhalt und auch als Bundesbürger stellt sich die Frage: Weshalb stehen für die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen nur unzureichende Mittel zur Verfügung? Schulen werden geschlossen, der bauliche Zustand von Schulen lässt teilweise sehr zu wünschen übrig. Fachlehrermangel seit Jahren, erhöhte Klassenfrequenzen, die sich mit der Zunahme der Flüchtlingskinder noch erhöhen werden, Mittelkürzungen an Uni's usw. usf. stehen im Widerspruch vom reichen Deutschland. Wenn für die Unterstützung der Flüchtlinge plötzlich Geld fließt, was notwendig ist, kann man erwarten, dass für alle Kinder des Landes und des Bundes ausreichend Mittel für ein allseitiges Bildungsangebot mit entsprechender Qualität angeboten wird.

 $^{^{20}}$ Aus: http://www.duden.de/rechtschreibung/Demokratie, vom 28.10.2015 21 Aus: http://sachsen-anhalt.jugend-forscht.de/index.php?id=1470





6 Anhang

6.1 Inhalt des an die Abgeordneten gerichteten, persönlichen Briefes

Vorbemerkungen: Um die Lesbarkeit zu verbessern, wurde als Name "Beispielfrau" gewählt. Alle Briefe wurden mittels einer Email, die einen kurzen Einführungstext enthielt, zugestellt. An diese Email wurde nachfolgender Brief als .pdf-Dokument angehangen.

An die Abgeordnete des Landtages Sachsen-Anhalt

Frau Beispielfrau

Domplatz 6 -9

hartmut.seifert@t-online.de

39104 Magdeburg

Salzatal, den 15.März 2015

Sehr geehrte Fau Beispielfrau, Abgeordnete des Landtages von Sachsen-Anhalt,

Sie sind sicherlich darüber verwundert, dass Sie ein persönliches Schreiben in Funktion eines "Offenen Briefes" erhalten. Persönliches Schreiben deshalb, weil ich Sie, als demokratisch gewählte Abgeordnete dieses Landes, um eine persönliche Antwort zu den nachfolgenden Fragenstellungen bitten möchte. Offener Brief, um interessierte Bürgerinnen und Bürger des Landes Sachsen-Anhalt über diese Problematik zu informieren bzw. in Kenntnis zu setzen, was die Positionierungen der Landesvertreter und Landesvertreterinnen betrifft.

Meine Fragestellungen an Sie, Frau Beispielfrau:

- 1. Ist Ihnen bekannt, dass technische Interessen und Neigungen von Schülerinnen und Schülern an Grund- und Förderschulen nicht mehr entwickelt, gefördert und ausgebildet werden können, weil ein auf technische Allgemeinbildung gerichtetes Unterrichtsfach vor 9/10 Jahren eliminiert wurde?
- 2. Sind Sie gegen eine technische Allgemeinbildung an Grund- und Förderschulen, denn das Land Sachsen-Anhalt ist das erste ostdeutsche Bundesland, welches den Werkunterricht abgeschafft hat?
- 3. Können Sie mir erklären, warum die antitechnische Haltung und das Desinteresse an allgemeintechnischer Bildung für Schülerinnen und Schüler der Grund- und Förderschulen bei den meisten Abgeordneten des Landtages so ausgeprägt sind?
- 4. Wie erklärt sich die Rolle der Abgeordneten des Landtages hinsichtlich des Demokratieverständnisses, wenn ein Kultusminister die Annullierung zweier lebens- und praxisbezogener Unterrichtsfächer, wie Werkunterricht und Schulgartenunterricht, beschließt und die Abgeordneten keinen Einfluss nehmen können oder wollen?
- 5. Ausgehend vom Artikel 26 der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte", wo im Absatz 1 und 2 u. a. Folgendes formuliert wird: "... (1) Jeder Mensch hat





das Recht auf Bildung. (2) Die Ausbildung soll die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit zum Ziel haben. ..." ergibt sich die Fragestellung bezüglich der technischen Bildung an Grund- und Förderschulen: Warum wird in Sachsen-Anhalt gegen diese Erklärung verstoßen, denn technische Allgemeinbildung wurde aus der Stundentafel, dem obligatorischen Schulunterricht sowie der Lehramtsausbildung gestrichen?

6. Falls Sie sich für eine technische Bildung an Grund- und Förderschulen und einer dementsprechenden Lehramtsausbildung entscheiden sollten, welche Maßnahmen würden Sie vorschlagen?

Nachfolgend einige wenige Fakten zur Erläuterung, die Sie, Frau Beispielfrau, nachprüfen können.

Wie Ihnen sicherlich bekannt, wurde in den Jahren 2005/06 das Unterrichtsfach Werkunterricht gestrichen, das Unterrichtsfach "Gestalten" mit bis zu 3 Unterrichtsstunden pro Woche eingeführt. Lehrer/-innen für ein solches Unterrichtsfach existierten nicht. Eine Zielstellung bestand darin, die Unterrichtsfächer Kunst- und Werkunterricht in einem Fach zusammenzuführen. Unabhängig vieler Proteste, Einwände und sachlicher Argumente, z. B. Vortrag zur Anhörung vom 30.04.2008, wurde dieses Vorhaben "von oben" angewiesen und durchgesetzt. Mit dieser despotischen und uneinsichtigen schulpolitischen Entscheidung des Kultusministers Olbertz und am Ende auch der CDU-SPD-Koalition wurde der Bildungsanspruch Sachsen-Anhalts auf das Jahr 1969 der Altbundesländer nivelliert. Schon damals stellte man fest: "...,In den Lehrplänen der Bundesländer und Westberlins ... zeichnet sich die Möglichkeit einer katastrophalen Fehlentwicklung ab: Der Grundschüler könnte in einem als «künstlerisch –E.d.A.-» deklarierten, didaktisch völlig desorientierten «Werken» mehr «beschäftigt» als planmäßig unterrichtet werden. Daß dem jungen Menschen außer dem Beruf auch ein Leben in der progressiv sich erweiternden Freizeit bevorsteht ..., ein Leben als Gestalter der eigenen Umwelt sowie als ... "Entwickler, Forscher und Nutznießer von Technik sowie Konsument ihrer Erzeugnisse, kann in einem solchen Fachkonzept nur «am Rande" erwähnt werden." In Sachsen-Anhalt wurden diese historischen Erkenntnisse noch "getoppt", indem u. a.

- Werkräume, einschließlich der vielfältigen Unterrichtsmittel, an vielen Schulen entsorgt wurden und werden.
- die teilweise noch vorhanden Unterrichtsmittel, wie Maschinen, Geräte, Werkzeuge, Baukästen etc., nicht gepflegt, gewartet oder erneuert wurden/werden können, weil die erforderliche Fachkompetenz, die Fachlehrer/innen und die finanziellen Mittel nicht mehr vorhanden sind bzw. bereitgestellt werden.
- die Lehramtsausbildung für das Fach "Gestalten" hauptsächlich mit und an der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle organisiert und realisiert wird.
 Weiterhin existieren an der Martin-Luther-Universität und an der Burg





Giebichenstein Kunsthochschule Halle keine Lehrenden, die fachlich in der Lage wären eine technische Allgemeinbildung auf Grundlage der Definition des Bundesgerichtshofes, einschließlich ihrer Didaktik, zu lehren bzw. zu vermitteln.

Sehr geehrte Frau Beispielfrau,

wie Sie sicherlich feststellen konnten, geht es mir darum, dass alle Schüler/-innen an Grund- und Förderschulen die Chance bekommen, auch technischen Interessen entdecken, entwickeln, und weiterbilden zu können. Sachsen-Anhalt hat das Unterrichtsfach Werkunterricht, welches bei den Schülern/-innen beliebt war und einen hohe Unterrichtsqualität besaß, eliminiert. Vor ca. 20 Jahren beneideten uns die Fachkollegen/-innen aus den alten Bundesländern noch um dieses Fach, beginnend bei der Ausstattung, den Medien, den Unterrichtsinhalten und der -qualität an den Schulen. Sie sagten: "Erhaltet euch dieses Fach! Solch ein Niveau haben wir in unseren Ländern nie erreicht!"

Heute hat Sachsen-Anhalt den Kindern diesbezüglich nichts mehr zu bieten. Ausnahmen bestehen, wenn ein/-e Direktor/-in die Notwendigkeit technischer Bildung einsieht UND noch ein/-e ausgebildete/-r Fachlehrer/-in an der Schule unterrichtet. Diese noch vorhandenen und engagierten Fachlehrer/-innen werden sich jedoch in den nachfolgenden Jahren verringern! In den jetzigen und kommenden Jahren wird es nur noch Lehrer/-innen mit einem Designerkunstverständnis geben, wo jegliches technisches Wissen, die erforderlichen geistig-praktischen Fähigkeiten und das technische Grundverständnis fehlen. Das schließlich die damit verbundenen Lehrund Lernverfahren, Methoden und Lernprozesse (Didaktik) ein.

Einige wenige Gedanken zum Abschluss.

Unter dem Deckmantel der demografischen Entwicklung wird auf das Erfordernis von ausländischen Fachkräften verwiesen und auch praktiziert, obwohl wir genügend Arbeitslose auch in Zukunft haben werden. Die ausländischen Fachkräfte rekrutieren sich aus wirtschaftlich schwächeren Ländern. Diese Länder organisieren und finanzieren jedoch deren Grund- und Fachausbildung. Deutschland organisiert somit das bildungsmäßige Ausbluten dieser Länder. In zunehmendem Maße wird in diesen Zusammenhängen auch von Neokolonialismus durch Bildungsentzug gesprochen. Andererseits impliziert dieses Vorgehen, dass die Bildung in Deutschland weiter vernachlässigt wird, obwohl wir ja ein "reiches" Deutschland sind.

Sehr geehrte Frau Beispielfrau,

ich bitte Sie um die Beantwortung meiner Fragen.

Es reicht aus, wenn Sie lediglich zu 1, zu 2 usw. schreiben.

Mit freundlichem Gruß und vielen Dank für Ihre Mühen

Dr. paed. Hartmut Seifert





6.2 Antwortbrief der CDU



Der Vorsitzende

Herrn Dr. paed. H. Seifert Robinienweg 3 06198 Salzatal

Magdeburg, 17. März 2015

Sehr geehrter Herr Dr. Seifert,

für Ihr Schreiben an die Mitglieder meiner Fraktion, den Sie als Offenen Brief gestaltet haben, danke ich Ihnen sehr und möchte es für meine Kolleginnen und Kollegen kurz wie folgt beantworten.

Ihre Position zur Stellung der technischen Bildung an den Schulen unseres Landes ist meiner Fraktion gut bekannt. Sie haben sich in der Vergangenheit auch an den zuständigen Ausschuss für Bildung und Kultur des Landtages gewandt.

Wie in der Vergangenheit möchte ich Ihnen auch heute meine grundsätzliche Unterstützung für die Vermittlung der technischen Bildung in den Schulen versichern. Zugleich betone ich, dass diese Vermittlung von Kenntnissen nicht allein in einem eigenen Fach "Werkunterricht" erfolgen muss. Erkenntnisse und Wissen zur technischen Bildung werden an der Sekundarschule im Rahmen des sogenannten Profilbereichs im Zusammenhang der Fächergruppe "Wirtschaft, Technik und Hauswirtschaft" mit je 2 Stunden in den Klassenstufen 5 und 6 unterrichtet. In den Klassenstufen 7 bis 10 sind es dann sogar je 3 Stunden. In der Stundentafel der neuen Gemeinschaftsschule ist die Stundenverteilung in der Fächergruppe des Profilbereichs äquivalent.

Meines Erachtens wird damit einer intensiven und umfassenden Bildung auf dem Gebiet des Technik- bzw. Werkunterrichts Raum und Zeit gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

André Schröder

André Schröder MdL

Fraktionsvorsitzender

Domplatz 6-9 · 39104 Magdeburg · Telefon: 0391 5602000 · Telefax: 0391 5602030 fv@cdufraktion.de · www.cdufraktion.de





6.3 Antwortbrief der SPD

Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt Petra Grimm-Benne, Parlamentarische Geschäftsführerin



SPD-Landtagsfraktion Sechsen-Anhalt - Domplatz 6 – 9 · 39104 Megdeburg

nur per Mail

Herrn

Dr. paed H. Seifert

Robinienweg 3

06198 Salzatal

Magdeburg, den 30. März 2015

Offener Brief an einzelne Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion

Sehr geehrter Herr Dr. Seifert,

Ihren Offenen Brief zu Fragen der technik- und praxisbezogenen Unterrichtsfächer bzw. entsprechender Unterrichtsinhalte haben wir erhalten und ich möchte Ihnen für die Mitglieder der SPD-Fraktion antworten.

Zu den Entwicklungen in der Grundschule:

Zum Schuljahr 2006/07 wurde das Unterrichtsfach Werken mit dem Fach Kunst vernetzt und das Unterrichtsfach Schulgarten mit dem Fach Sachkunde. Zuvor gab es sogenannte Fächerverbünde.

Die Unterrichtsfächer Heimat- und Sachunterricht sowie Schulgarten umfassten einen Fächerverbund mit einer Unterrichtsbandbreite von 3 - 4 Unterrichtsstunden. Im gegenwärtigen Fach Sachkunde ist der Schulgartenunterricht ein separat ausgewiesener Lembereich, der ausschließlich in der vegetationsreichen Zeit angeboten wird. Der Stundenumfang für den Sachunterricht umfasst 3 - 4 Unterrichtsstunden. D.h., die Zusammenführung der beiden Unterrichtsfächer hat keine Auswirkungen auf die Stundentafel. Die Inhalte und Kompetenzziele des Lembereiches Schulgarten sind nunmehr im Lehrplan Sachkundeunterricht aufgenommen und werden mit den Kompetenzen anderer Lembereiche und Lernfelder verknüpft.

Es wird auf diese Weise verhindert, dass in unterschiedlichen Unterrichtsfächern Parallelwissen angeboten wird und die Kinder ein additives Aneignen verfolgen. Die Vernetzung soll die Lernund Leistungspotentiale und die Transferleistungen stärken. Damit gelingt es den Kindern innovativ zu seln und mehr Themen können projektorientiert aufbereitet werden.

Der Fächerverbund Kunsterziehung/Musik/Werken umfasst bis zum Schuljahr 2006/07 insgesamt 3 - 5 Unterrichtsstunden. Die Vernetzung der beiden produktiven Fächer Kunst und Werken zum Unterrichtsfach Gestalten eröffnet die Möglichkeit, ästhetisches Lemen mit produktivem Lernen zu verknüpfen, so wie es in der industriellen Welt auch ist.

SPD-Fraktion Im Landtag von Sachsen-Anhai Sekretanat: Cathleen Hertzsch E-Mail: cathleen.hertzsch@spd.lt.sachsen-anhalt.de www.petra-grimm-benne.de

nplatz 6 – 9 Fon. 03 91 – 5 60 30 0 04 Magdeburg Fax: 03 91 – 5 60 30 2 Wahlkreisbüro: Pfännerstraße 35, 39218 Schö Fel:/Fax: 03928/769343





2

Ein Produkt zielt nicht nur auf die Funktionalität ab, sondern zugleich auf ein geeignetes Design. Auf diese Perspektive richtet sich die Zusammenführung, so dass in dem einen Fach nicht nur auf die Fertigungsprozesse und die Nutzung der Arbeitsmittel sowie Werkzeuge abgehoben wird, sondern zugleich eine Verbindung zur Produktgestaltung hergestellt wird. Die Kompetenzziele beider Fächer wurden zusammengeführt und auch der Erwerb von Parallelwissen überwunden. Der Unterrichtsumfang ist erhalten geblieben. Das Fach Gestalten umfasst 2 - 3 Unterrichtsstunden, das Fach Musik aus dem bisherigen Fächerkanon 1 - 2 Unterrichtsstunden. Die Nutzung der Bandbreiten erfolgt in Entscheidungskompetenz der Grundschule und ist vielfach abhängig von der regionalen Bedeutung der Fächer sowie der schulischen Möglichkeiten.

Eine Veränderung im Stundenumfang der benannten Fächer hat es nicht gegeben.

Zur Einordnung des Schulgartenunterrichtes:

Das Fach Schulgarten wurde auch vor 2006/07 nur in vegetationsreicher Zeit angeboten. In der vegetationsarmen Zeit wurde dafür mehr Heimat- und Sachunterricht vorgehalten. Die Themen des Heimat- und Sachunterrichts hatten und haben einen sehr engen Bezug zum Schulgartenunterricht. Durch die Trennung der Fächer war einerseits eine Betonung der produktiven Tätigkeiten im Garten dominant, andererseits gab es Inhalt und Kompetenzen, die auch Gegenstand des Heimat- und Sachunterrichts waren. Mit der Verschmelzung der Fächer wurden die Inhalte des Schulgartenunterrichts als Lernbereich des Sachkundeunterrichts aufgenommen und grundlegende Kompetenzen und Lernstrategien gelten für alle Lernbereiche und Lernfelder. Dadurch werden sinnvolle Synergieeffekte erreicht und die Kinder lernen, ihr erworbenes Wissen in Theorie und Praxis sowohl in Projekten, in Sequenzen offenen Lernens als auch in der konkret praktischen Anwendung zu nutzen.

Die Vernetzung der Lernbereiche führt zur Verbesserung der Allgemeinbildung und unterstützt das vernetzte Denken, hilft additive Aneignungen zu überwinden.

Zu den Besonderheiten in den Förderschulen:

In der Förderschule stellt sich die Situation unterschiedlich dar. Es gibt einerseits Förderschulen, deren Unterrichtsangebot auf den Lehrplänen der Grund- und Sekundarschule beruhen. Sie arbeiten nach der gleichen Stundentafel, halten aber individuelle zu bestimmenden Nachteilsausgleich vor, nutzen das Instrument der Modifizierung und der behinderungsspezifischen Anpassung an die physiologischen und psychischen Möglichkeiten der Schülerinnen und Schüler. Durch kleinere Lerngruppen im Vergleich zur Grund- oder Sekundarschule entstehen mehr zeitliche Räume zur individuellen Zuwendung zum Einzelschüler. D.h., an diesen Förderschulen wird der gleiche Beitrag zur technischen Bildung geleistet wie an den allgemeinen Schulen.

An der Förderschule für Lernbehinderte bzw. für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen bilden die Lehrpläne der Grund- und Sekundarschule den Orientierungsrahmen für die individuellen Lempläne. Bezogen auf die technische Bildung wird für diese Schülerschaft die praktische Anwendung erworbenen Wissens und Könnens verstärkt.

Praktika in betrieblichen Einrichtungen finden daher schon ab Jahrgangsstufe 7 statt und die Förderschule hat die Möglichkeit, in schuleigenen Räumen mehr produktive und praktische Unterrichtsangebote im Rahmen der schulspezifischen Schwerpunktaufgaben anzubieten.

Fon: 03 91 - 5 60 30 05 Fax: 03 91 - 5 60 30 20







3

Eine zielgerichtete berufliche Orientierung und das Entdecken der eigenen Leistungspotentiale ist ein wesentlicher pädagogischer Schwerpunkt.

An Förderschulen für geistig Behinderte stehen in der Oberstufe und in der Berufsbildungsstufe vor allem die Lernbereiche Arbeiten, Leben, Wohnen im Mittelpunkt. Die Schülerinnen und Schüler werden auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereitet, wobei die individuellen Leistungsmöglichkeiten erkannt und genutzt werden sollen. Die technische Bildung wird auf den Lebensalltag dieser Jugendlichen ausgerichtet.

Die Angebote der technischen Bildung werden durch die Teilnahme am Landes- und Bundesprojekt "Initiative Inklusion" sowie am BRAFO-Projekt erweitert und vertieft individualisiert. Mit dem Projekt BRAFO – Berufsauswahl Richtig Angehen Frühzeitig Orientieren – wird eine erfolgreiche Grundlage für den Berufseinstieg unseres Berufsnachwuchses in Sachsen-Anhalt geschaffen. Auch Förderschulen können seit dem Jahr 2012 in Abstimmung mit der Berufsberatung an BRAFO partizipieren. Die Schüler und Schülerinnen erhalten – noch vor der Berufsberatung durch die Bundesagentur – die Möglichkeit, ihre individuellen Fähigkeiten zu erkennen und diese mit gewünschten Berufsfeldern abzugleichen. Damit ist BRAFO zu einer der wichtigsten Schnittstellen zwischen Schule und Beruf geworden.

Abschließend möchte ich im Namen der SPD-Fraktion darauf verweisen, dass bei der Neuorientierung schulischer Inhalte und Methoden generell die gewachsenen gesellschaftlichen Anforderungen und die neueren Forschungsergebnisse der pädagogischen Wissenschaften Maßstab der Weiterentwicklung von Schule sein müssen.

Diesem Anspruch fühlen sich die betreffenden Fachleute in Sachsen-Anhalt verpflichtet. Insbesondere stehen sie vor der Aufgabe, Fächergrenzen zu überwinden und neueste gesellschaftliche Entwicklungen (z. B. die Nutzung moderner Informationsmedien) bei begrenzter Unterrichtszeit inhaltlich einzuarbeiten. Ein solcher Prozess führt zwangsläufig zur Infrage-Stellung alter Bildungsschwerpunkte und -Methoden sowie zur Neujustierung der inhaltlichen Schwerpunktsetzung.

Sachsen-Anhalt ist dabei auf einem guten Weg und kann im Bildungsvergleich der deutschen Bundesländer und auch international durchaus gut mithalten.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Grimm-Benne

Parlamentarische Geschäftsführerin

<u>Anlagen</u>

Fachlehrplan Grundschule Gestalten

2. Fachlehrplan Grundschule Sachunterricht

SPD-Fraktion Im Landtag von Sachsen-Anhalt Domplatz 6 – 9 39104 Magdeburg Sekretariat. Cathleen Hertzsch

E-Mail: cathleen hertzsch@spd.lt.sachsen-anhalt d www.petra-grimm-benne.de

Fax: 03 91 - 5 60 30 05 Fax: 03 91 - 5 60 30 20 Tel:/Fax: 03928/769343







6.4 Antwortbrief der DIE LINKE



Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Matthias Höhn

Mitglied des Landtages Telefon: 0391/560 5108 oder ...5009 Telefax: 0391/560 50 08

e-mail: joseph@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Magdeburg, 17. 03. 2015

DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6 - 9, 39104 Magdeburg

Herrn Dr. paed. H. Seifert Robinienweg 3 06198 Salzatal

Ihre Schreiben an Abgeordnete des Landtages vom 06. 03. 2015

Sehr geehrter Herr Dr. Seifert,

für Ihren Brief bedanke ich mich bei Ihnen sehr. Sie haben sich auch an weitere Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion mit einem gleichlautenden Schreiben gewandt. Wir haben uns verständigt und darauf geeinigt, dass ich zuständigkeitshalber auch in ihrem Namen antworte, da wir übereinstimmende Meinungen vertreten. Ich hoffe für dieses Verfahren auf Ihr Verständnis.

Wie Sie sicher noch wissen, hat sich meine Fraktion bereits in der Vierten Wahlperiode gemeinsam mit Ihnen um Fragen der technischen Bildung an den allgemein bildenden Schulen in Sachsen-Anhalt intensiv bemüht. Wir standen damals in einem aus unserer Sicht guten und konstruktiven Kontakt.

Eine vielseitige fundierte technische Bildung an Schulen aller Schulformen spielt in unseren schulpolitischen Konzepten bis heute eine zentrale Rolle. Wir halten sie für überaus bedeutsam als unverzichtbarer Teil der Allgemeinbildung, der in besonderem Maße geeignet ist, Erlerntes praktisch zu überprüfen und zu festigen, Denken und Vorstellungskraft zu schulen, Kreativität und Wissbegierde zu fördern. Erhebliche Bedeutung hat die technische Bildung auch im Sinne einer ausgewogenen Berufsorientierung. Ich sehe darüber hinaus eine wachsende Bedeutung der technischen Bildung in Hinblick auf die demokratische Entwicklung unseres Gemeinwesens. Es wäre ein gefährlicher Demokratieverlust, wenn die Bewertung technischer Prozesse nur noch einer kleinen Gruppe entsprechend Qualifizierter vorbehalten bliebe.

In diesem Lichte haben wir auch die Veränderungen in der technischen Bildung an den Grundschulen und Förderschulen Ende der Vierten Anfang der Fünften Wahlperiode kritisch gesehen.

Allerdings sahen wir damals, offenbar nicht in völliger Übereinstimmung mit Ihnen, in der Einführung des Bildungsbereichs "Künstlerisches und technisches Gestalten" an den Grundschulen auch Chancen. Im Zuge inhaltlicher Neugestaltungen der Grundschulen, die wir

29





im Grunde begrüßt haben, war die Zusammenführung von Fächern zu Kompetenzbereichen ein interessanten Weg, zumal sie mit der Erwartung verknüpft war, neue und erweitere Gestaltungsmöglichkeiten der Schulen zu eröffnen.

Leider haben sich diese Erwartungen an den Fächerbereich "Künstlerisches und technisches Gestalten" nicht in vollem Umfang erfüllt. Auch die Ausbildung der entsprechenden Fachlehrkräfte weist aus unserer Sicht Defizite auf. Sie nennen in Ihrem Brief dafür Beispiele.

Aktuell tritt zu diesen Problemen die Situation eines sich zusehends verschärfenden Lehrkräftemangels hinzu, der die Handlungsspielräume an zahlreichen Grundschulen und Förderschulen erheblich einschränkt und sich auf die Unterrichtsqualität nicht nur in diesem Fach auswirkt. Auch vor dieser Entwicklung haben wir schon vor Jahren gewarnt. Leider hat sich im Landtag keine Mehrheit gefunden, die rechtzeitig Maßnahmen auf den Weg gebracht hätte, um eine solche Lage zu verhindern.

Diese schwere Hypothek hat jede Landesregierung zu tragen, die nach den Landtagswahlen 2016 gebildet wird. Ein Umsteuern ist auf kurze Zeit nicht mehr möglich. Auch wir würden vor großen Herausforderungen stehen. Allerdings sind wir bereit, erforderliche Entscheidungen nicht länger zu vertagen und den weiteren Personalabbau im Lehrkräftebereich zu stoppen.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich Ihre Fragen wie folgt:

- 1. Die Veränderung der Fächerstruktur an den Grundschulen ist mir gut bekannt, im Ergebnis hat die technische Bildung in den genannten Schulformen an einer Reihe von Schulen Niveau verloren. Ich schließe aber nicht aus, dass weiterhin Möglichkeiten und Spielräume bestehen, technisches Interesse und Neigungen zu entwickeln, zu fördern und auszubilden. Sie hängen jedoch in erheblichem Maße vom Engagement des Kollegiums, vom Vorhandensein entsprechender Fachkompetenz und zunehmend von einer ausreichenden Unterrichtsversorgung der konkreten Schule ab. Damit sehen auch wir erhebliche Risiken für die technische Bildung in diesen Bereichen.
- 2. Nein, ganz im Gegenteil.
- 3. Hierzu könnten wir nur Vermutungen äußern, solche Spekulationen liegen uns jedoch fern. Sie sollten aus den Antworten von Abgeordneten der anderen Fraktionen selbst entsprechende Schlussfolgerungen ziehen.
- 4. Entsprechend des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) ist die Festlegung der Stundentafel für die einzelnen Schulformen nicht Sache des Parlaments. Vielmehr wird in § 10 Abs. 2 SchulG LSA die oberste Schulbehörde ermächtigt, die Stundentafeln zu erlassen. Sie hat damit die Ziele des Erziehungs- und Bildungsauftrages der Schulen gemäß § 1 SchulG LSA zu sichern. Diese Rechtslage kann der Gesetzgeber, der Landtag, mehrheitlich auch ändern. Eine solche Änderung ist derzeit aber nicht in der parlamentarischen Diskussion.
- 5. Die Verbindung zwischen der Resolution der UN-Generalversammlung "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" vom 10. Dezember 1948 zur technischen Bildung an Grund- und Förderschulen in Sachsen-Anhalt ist interessant. Gleichwohl sind wir nicht der Auffassung, dass sich mit Aussicht auf Erfolg aus der derzeitigen Gestaltung der Lehrpläne für die Grund- und Förderschulen in Sachsen-Anhalt eine Verletzung der UN-Menschenrechtscharta herleiten lässt.
- Die universitäre Ausbildung der Grund- und Förderschullehrkräfte steht vor neuen Entwicklungen. Mit den gerade abgeschlossenen Zielvereinbarungen mit den Universitäten ist u.a. die Aufgabe gestellt, das Studium des Grundschullehramtes auf





8 Semester zu erweitern. Meine Fraktion hat sich in der jüngsten Zeit intensiv um eine Reform des Lehramtsstudiums im Parlament bemüht. Die nunmehr eingeleiteten Schritte weisen durchaus in die unserer Meinung richtige Richtung, sind aber gemessen an unseren Zielen halbherzig. Deshalb werden wir in der kommenden Wahlperiode hier aktiv bleiben müssen. Dabei können wir Ihnen zusichern, dass auch Fragen des Fächerprofils und der inhaltlichen Ausgestaltung der Lehramtsstudiengänge Gegenstand der Bemühungen sein werden. Welche konkreten Möglichkeiten und Spielräume aktuell bestehen bzw. noch bestehen, das technische Profil der Grundschullehrerausbildung wieder deutlich zu schärfen und im Lehramt für Förderschulen anzubieten, wird Teil dieser Prüfung sein müssen. Ungeachtet dessen setzen wir uns für diesbezügliche Fortbildungsangebote ein, die schneller als die universitäre Ausbildung zu einer Niveauentwicklung an den Schulen führen können. Wir vertrauen auf die allgemeine berufsspezifische Qualifikation auch der derzeit in diesen Bereichen eingesetzten Lehrkräfte und gehen davon aus, dass sie bei geeigneten Fortbildungen in der Lage sein können, interessante, fachlich fundierte und nachhaltige technische Bildung zu vermitteln.

Ich hoffe, wir konnten Ihnen unsere Auffassung zu den von Ihnen umrissenen Problemen verdeutlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Höhn





6.5 Antwortbrief Bündnis 90 / Die Grünen

Bündnis 90 / Die Grünen gaben keine Antwort auf die Fragestellungen des "offenen Briefes!